

BAND
08

Handbuch der Kommunalpolitik

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

„Lernen ist wie Rudern
gegen den Strom.
Sobald man aufhört,
treibt man zurück.“

(Benjamin Britten)

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL

Überlegungen nach einer Gemeinderatswahl



INHALTSVERZEICHNIS

1. DIE PHASE UNMITTELBAR NACH DER GEMEINDERATSWAHL	6
Nach einem Wahlerfolg	6
Nach einer Wahlniederlage	8
Bürgermeister-Stichwahl	16
2. POLITISCHE UND INHALTLICHE POSITIONIERUNG NACH DER GEMEINDERATSWAHL	18
Szenario 1: Absolute Mehrheit einer Fraktion im Gemeinderat, FPÖ als kleine Minderheitsfraktion	19
Szenario 2: Keine Fraktion mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat, FPÖ kleine Minderheitsfraktion ohne Sitz im Gemeindevorstand/Stadtsenat	26
Szenario 3: Keine Fraktion mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat, FPÖ Minderheitsfraktion, aber mit Sitz im Gemeindevorstand/Stadtsenat	30
Szenario 4: Die FPÖ befindet sich in der Mehrheitssituation und stellt im Idealfall auch den Bürgermeister	36
3. SCHULUNGEN	39
4. GRUNDSÄTZE FÜR FREIHEITLICHE ORTSGRUPPEN- UND FRAKTIONSARBEIT	40
Geschlossenheit	40
Differenzierung vom politischen Mitbewerber	43
Korrekte Distanz zu den anderen Parteien	44
Integer und unangreifbar bleiben	49
Ausblick auf den nächsten Band: Die Ortsgruppenzeitung	50

Impressum

© 2025 2. aktualisierte Auflage
Freiheitliches Bildungsinstitut
Gesellschaft für Politik, Kultur und Meinungsfreiheit (FBI)
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
www.fbi-politikschule.at
Autor: Dietmar Heuritsch

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in den Publikationen des FBI das generische Maskulinum verwendet. In diesem Fall sind männliche wie weibliche Personen gleichermaßen angesprochen.

1. DIE PHASE UNMITTELBAR NACH DER GEMEINDERATSWAHL



Nach einem Wahlerfolg

Durch eine Gemeinderatswahl werden die politischen Karten naturgemäß neu gemischt. Je nach Wahlergebnis stellt sich für die Vertreter der örtlichen Freiheitlichen Partei die Frage, wie man sich verhalten und positionieren soll.

Konnte ein Wahlerfolg errungen werden, gilt es, **keine Überheblichkeit** an den Tag zu legen. Ganz

im Gegenteil: **Demut** gegenüber dem Wähler ist angebracht.

Es empfiehlt sich – wie allgemein üblich – die Wahlplakate mit einem **Danke-Aufkleber** zu versehen. (Das ist aber durchaus auch bei einem nicht so erfreulichen Wahlergebnis angebracht. Man bedankt sich dann eben bei den verbliebenen Wählern, die einem die Treue gehalten haben.)

In den Tagen nach der Wahl, spätestens nach der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats, kann nochmals eine **Ortsgruppenzeitung** herausgegeben werden, in

der die Wahlergebnisse analysiert werden. Auch hier verabsäumen Sie es nicht, sich beim Wähler zu bedanken. Nutzen Sie die Sonderausgabe, um das neue, unter Umständen verstärkte Gemeinderatsteam vorzustellen. Präsentieren Sie auch die Ressorts der FPÖ im Stadtrat bzw. Gemeindevorstand und deren Vertreter in den Ausschüssen.

Ebenso Platz finden sollen in der Zeitung die Ziele und Projekte Ihres Teams für die anlaufende Gemeinderatsperiode. Erneuern Sie Ihre Wahlversprechen!

Damit nicht genug, bietet eine erfolgreich geschlagene Wahl eine gute Gelegenheit, um neue Mitglieder zu werben. Geben Sie dem Thema auf der letzten Seite Raum, laden Sie Ihre Mitbürger ein, sich aktiv in der Ortsgruppe zu engagieren!

CHECKBOX

- ☒ Danke-Aufkleber anbringen
- ☒ Wahlergebnis analysieren
- ☒ Gemeinderatsteam der FPÖ präsentieren (Ortsgruppenzeitung, Webseite, ...)
- ☒ Die Ressorts und Ausschussmitglieder der Freiheitlichen präsentieren
- ☒ Ziele und Projekte für die neue Gemeinderatsperiode präsentieren
- ☒ Mitgliederwerbung betreiben



Nach einer Wahniederlage

Ist die Wahl für die FPÖ unerfreulich ausgegangen, gilt es, Haltung zu bewahren. „Die Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen“, sagt Max Frisch. Auch hier gilt es, positiv zu denken und sich von kleineren und größeren Rückschlägen nicht unterkriegen zu lassen. Sehen Sie die Chance für einen Neubeginn! Jetzt ist die beste Zeit, den Grundstein für neue Erfolge zu legen. Zu fallen ist keine Schande, wohl aber liegen zu bleiben. Natürlich ist es menschlich, enttäuscht zu sein. Atmen Sie durch, weinen Sie

sich ruhig aus. Dann sammeln Sie sich, spenden Trost, strahlen Zuversicht aus, danken dem Wähler, gratulieren dem Gegner. Tragen Sie die Niederlage weder mit Hochmut noch mit Zerknirschtheit, sondern gefasst. Öffentliche Schuldzuweisungen dagegen, zur Schau gestelltes Selbstmitleid oder gar Kritik an der Wählerschaft sind fehl am Platz.

Am wichtigsten ist es jetzt, seine Lektion zu lernen.

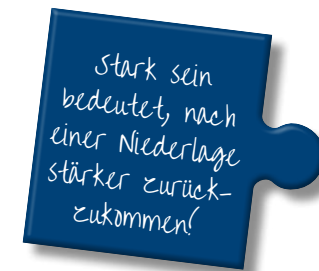
Es empfiehlt sich, im internen Kreis den Wahlausgang zu analysieren und Schlüsse und Erkennt-

nisse daraus zu ziehen. Was können wir beim nächsten Mal besser machen, welche Fehler können wir künftig vermeiden?

Nicht selten kommt es vor, dass die kommunalen Ergebnisse vom Bundes- oder Landestrend beeinflusst werden. Ist der Bundes- oder Landestrend gegen die Partei, werden auch auf kommunaler Ebene die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Ein Ansatz, um den Erfolg oder Misserfolg des örtlichen Teams zu analysieren, ist der Vergleich zwischen Landtags- und Gemeinde-

„Es empfiehlt sich auf jeden Fall, im internen Kreis den Wahlausgang zu analysieren und Schlüsse und Erkenntnisse daraus zu ziehen.“



ratsergebnis (vorausgesetzt, diese Wahlen finden zeitgleich statt).

Liegt das Gemeinderatsergebnis der Partei deutlich unter dem Landesergebnis in einer Gemeinde, kann daraus geschlossen werden, dass etwa die örtlichen Kandidaten noch nicht ausreichend bekannt waren oder es sonst bei ihnen Defi-



„Sinnvoll ist es, das örtliche Ergebnis mit den Ergebnissen in anderen Gemeinden im Bezirk zu vergleichen. Wie liegen Sie im Vergleich mit benachbarten Ortsgruppen?“

zite gab, etwa bei der Kompetenz-zuschreibung oder den Sympathie-werten. Das Wählerpotential der FPÖ wurde in so einem Fall nicht ausgeschöpft. Es muss Gründe dafür geben, warum Wähler in einer Gemeinde bei der Landtagswahl die Freiheitliche Partei wählen, nicht



aber bei der Gemeinderatswahl. Das kann, wie gesagt, an Schwächen der Kandidaten liegen oder an Versäumnissen im Wahlkampf.

Es kann aber auch sein, dass der amtierende Bürgermeister einfach schon jahrzehntelang auf der politischen Bühne präsent, in den Vereinen gut verankert und bei den Leuten beliebt ist. Gegen so jemanden anzutreten, ist eine ehrenwerte, aber nicht eben leicht zu bewältigende Herausforderung. Gerade in kleineren Landgemeinden, in denen man einander kennt, haben politische Neulinge es schwer; ganz zu schweigen von Kandidaten, die „Zugezogene“ sind.

Ein gewisses Handicap ergibt sich auch dann, wenn die Herausforderer der etablierten Amtsträger in der Privatwirtschaft arbeiten und sich bisher „nur“ ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagiert



haben. Die amtierenden Bürgermeister sind häufig hauptamtlich in der Politik tätig und können sich daher rund um die Uhr dem Wahlkampf und der Politik widmen. Das ist ein grundlegender Startvorteil für die etablierten Politiker.

So wie der Erfolg auf kommunaler Ebene nicht ausschließlich „hausgemacht“ ist, so ist auch ein Misserfolg häufig nicht nur den örtlichen Funktionären zuzuschreiben.

Liegt das Gemeinderatsergebnis in etwa beim Landtagsergebnis oder sogar darüber, gibt es für

„Der Rücktritt eines erfolglosen Kandidaten muss in allen Ehren und möglichst ohne Streit erfolgen. Es ist sogar wünschenswert, dass der zurückgetretene Funktionär dem freiheitlichen Lager verbunden bleibt und das auch zum Ausdruck bringt.“

die örtlichen Wahlkämpfer kaum Gründe für übertriebene Selbstkritik. Dann hat man nichts falsch gemacht, auch wenn das Ergebnis rückläufig war.

Durch Sturm
bekommen die
Bäume tiefere
Wurzeln!

Sinnvoll ist es außerdem, das eigene örtliche Ergebnis mit den Ergebnissen in anderen Gemeinden im eigenen Bezirk zu vergleichen. Wie liegen wir im Vergleich mit ähnlichen Gemeinden? Konn-

für die FPÖ wirklich schlecht und ist die Hauptverantwortung tatsächlich dem Spitzenkandidaten oder dem örtlichen Führungsteam zuzuschreiben, kann es sinnvoll sein, dass der Spitzenkandidat und



ten benachbarte Ortsgruppen eine bessere Performance hinlegen? Was haben die anders gemacht? War das Gemeinderatsergebnis

Wahlverlierer **zurücktritt**, um einem anderen, unverbrauchten und hoffentlich beliebteren Kandidaten Platz zu machen.

Dieser Abgang muss in allen Ehren und möglichst ohne Streit erfolgen und es ist wünschenswert, dass der zurückgetretene Funktionär nach wie vor dem eigenen Lager verbunden bleibt und sich auch zukünftig bei diversen Veranstaltungen und Stammtischen sehen lässt.

Ein mit dem Rücktritt verbundener Parteiaustritt ist Zeugnis eines fragwürdigen Charakters. So jemand hat die FPÖ nur als Vehikel für seinen eigenen politischen Aufstieg missbraucht und war dort von Anfang an fehl am Platz.

Leider kommt es immer wieder vor, dass nach einer Wahlniederlage hitzige Streitereien innerhalb einer Ortsgruppe aufflammen.



Schuldige werden gesucht, Fehler werden gegenseitig aufgerechnet und langjährige Parteikameradschaften zerbrechen. Im Hintergrund steht häufig der Kampf um die Mandate, die der Partei in den Ausschüssen und im Gemeindevorstand verblieben sind. Dieser wird teils erbittert geführt.

„In Krisenzeiten suchen Intelligente nach Lösungen.
Die Anderen suchen nach Schuldigen.“

„Auch in stürmischen Zeiten sollten Gemeinsinn, Idealismus, Kameradschaft und Gesinnungstreue die Zusammenarbeit in der eigenen Ortsgruppe prägen.“

Die Gründe dafür sind unterschiedlicher Natur. Neben vielen anderen kommt etwa der Prestigeverlust in Frage, der in den Augen dessen droht, der befürchten muss, nicht wieder zum Zug zu kommen.

Ein anderer spielt häufig in den größeren Städten eine Rolle. Hier geht es oft nicht nur um die Ehre, sondern auch ums liebe Geld. Erleidet eine Partei Rückschläge bei der Wahl, die mit einem



Mandatsverlust verbunden sind, so verlieren etliche Politiker ihre Einkünfte, manche sogar ihren eigentlichen Brotberuf und damit ihre Existenzgrundlage. Während manche Parteien, die sich das Land und seine Institutionen traditionell seit Jahrzehnten aufgeteilt haben, Politiker in partei- oder staatsnahen Organisationen unterbringen können (diverse Wohnbaugenossenschaften, Energieversorger, Banken, Konzerne, die sich auch weiterhin öffentliche Aufträge erwarten, internationale Einrichtungen etc.), hat eine Oppositionspartei diese Möglichkeit in der Regel nicht. Ganz im Gegenteil: Es ist für ehemalige Oppositionspolitiker, die jahrelang hauptberuflich in der Politik tätig waren, schwierig, in der Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst Fuß zu fassen. Ein solcher Berufspolitiker, der sein Mandat verliert, fällt mitunter ins Bodenlose.

Menschlich ist es daher verständlich, dass ein Mandatsträger auch auf sein Fortkommen schaut. Der Kampf ums eigene Einkommen darf aber niemals in aller Öffentlichkeit ausgetragen und Privatinteressen dürfen nicht vor Parteiinteressen gestellt werden.

In kleinen Gemeinden, in denen die Funktionäre ehrenamtlich und um Gottes Lohn arbeiten, geht es naturgemäß nicht ums Geld. Aber auch dort können Eitelkeiten, ein gekränktes Ego oder Prestigedenken zu **unschönen Streitereien** um Mandate führen.

Wenn nicht Egoismus und Prestigedenken das Gefüge einer Ortsgruppe bestimmen, sondern Gemeinsinn, Idealismus, Kameradschaft und Gesinnungstreue, können derartige Streitigkeiten auch in stürmischen Zeiten vermieden werden.

CHECKBOX

- ✓ Vergleich zwischen Landtags- und Gemeinderatsergebnissen
- ✓ Stärken des amtierenden Bürgermeisters evaluieren
- ✓ Vergleich des örtlichen Ergebnisses mit den anderen Ergebnissen im Bezirk
- ✓ Wahlkampf, Wahlprogramm, Spitzenkandidaten und Team evaluieren
- ✓ Keine Streitereien in der Öffentlichkeit austragen
- ✓ Idealismus, Kameradschaft und Gesinnung bewahren

Bürgermeister-Stichwahl



In jenen Bundesländern, deren Gemeindeordnung eine Bürgermeisterdirektwahl vorsieht, kommt es naturgemäß in etlichen Gemeinden zu einer Stichwahl, da im ersten Wahlgang keiner der Bürgermeisterkandidaten eine absolute Mehrheit erringen konnte. Kommt ein Kandidat der Freiheit-

lichen in die Stichwahl, so gilt es, jetzt noch einmal volle Kraft in den Bürgermeisterwahlkampf zu investieren.

Ortsgruppen, die sich von Haus aus gute Chancen ihres Bürgermeisterkandidaten auf die zweite Wahlrunde ausrechnen, sind angehalten, den Wahlkampf für die Stichwahl bereits im Vorfeld zu konzipieren. In so einem Fall ist dann gemeinsam mit dem ersten auch schon der zweite Wahlgang vorzubereiten und zu budgetieren. Vorzusehen sind:

Plakatentwürfe, Aussendungen, Bürgerstände, weitere Werbemittel, Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten.

Wenn Großplakate eingesetzt werden, ist die Mietdauer bis zur



„Es wird davon abgeraten, eine Wahlempfehlung für einen gegnerischen Kandidaten auszusprechen. Die Wähler sind mündige Bürger, die ihre Entscheidung selber treffen können.“

„Freiheitliche Funktionäre sind kein politisches Anhängsel einer anderen Partei, sondern gehen ihren eigenständigen Weg.“

Bürgermeisterstichwahl einzuplanen.

Hat es der eigene Bürgermeisterkandidat hingegen nicht in die Stichwahl geschafft, stellt sich die Frage, ob die unterlegene Ortsgruppe eine Wahlempfehlung für einen der verbleibenden Kandidaten aussprechen soll.

Manche Ortsgruppen glauben, sich damit Vorteile beim künftigen Bürgermeister verschaffen zu können oder durch taktisch motivierte Wahlempfehlungen die eigene Position zu stärken.

Wir raten dringend davon ab, eine Wahlempfehlung für einen gegnerischen Kandidaten auszusprechen. Erstens sind die Wähler mündig genug, eine Wahlentscheidung selbst zu treffen, und zweitens haftet so einer Wahlempfehlung für den Kandidaten einer Drittpartei der Ruch der Anbiederung und eines „vorausseilenden Koalitionsgehorsams“ an.

Sie wollen aber nicht das politische Anhängsel einer anderen Partei sein, sondern einen eigenständigen Weg gehen.





2. POLITISCHE UND INHALTLICHE POSITIONIERUNG NACH DER GEMEINDERATSWAHL

Je nachdem, wie die Stärkeverhältnisse im Gemeinderat sind, gibt es für die FPÖ unterschiedlichste Möglichkeiten der Positionierung. Wir wollen nun auf verschiedene typische Szenarien eingehen und daraus Tipps und

Verhaltensregeln für freiheitliche Mandatare ableiten. Gleichzeitig bitten wir um Verständnis, dass natürlich nicht alle möglichen Konstellationen in einem Gemeinderat berücksichtigt werden können.

Szenario 1: Absolute Mehrheit einer Fraktion im Gemeinderat, FPÖ als kleine Minderheitsfraktion



In etlichen Gemeinden gibt es absolute gegnerische Mehrheiten und die eigene Partei ist mit ein bis drei Mandaten vertreten; ein Sitz im Gemeindevorstand wurde nicht erreicht.

Unter derartigen Rahmenbedingungen leidet häufig die Motivation der Mandatare. Dennoch darf man nicht den Eindruck vermitteln, man resigniere vor der Übermacht und begnüge sich damit, ein politisches Schattendasein zu führen. Wer im Gemeinderat sitzt, befindet sich im Zentrum des Geschehens. Sich da nicht kritisch zu Wort zu melden oder einfach grundsätzlich mit der Bürgermeisterpartei zu

stimmen ist nicht nur ein parteipolitischer Fehler, ein solch passiver, nachgiebiger Mandatar ist auch eine glatte Fehlbesetzung.

Hätte der Wähler ein solch angepasstes Verhalten gewollt, hätte er gleich die Bürgermeisterpartei gewählt.

In der Opposition zu sein ist wie schwimmen gegen den Strom, und schwimmen gegen den Strom ist schwerer, als mit ihm zu treiben.



„Motiviert bleibt, wer seine
Kernaufgabe nicht aus
den Augen verliert.“



Man braucht dafür viel Kraft und einen starken Charakter. Wer sich dies nicht zumuten will, tut gut daran, für einen anderen den Platz zu räumen. Das ist keine Schande. Unehrenhaft wäre es nur, das Mandat zu veruntreuen und es sich im Kielwasser der Konkurrenz bequem zu machen.

Die Wähler erwarten, dass Sie den Mächtigen auf die Finger klopfen, dass Sie die Stimme erheben, wenn es Alternativen zur Mehrheitslösung gibt, oder aufschreiben,



wenn über Missstände die Decke des Schweigens gebreitet werden soll.

Stellt man es richtig an, kann man selbst als Klein-, ja sogar als Ein-Mann-Fraktion ein schmerzhafter Stachel im Fleisch der Obrigkeit sein. Sie werden kaum Chancen haben, mit eigenen Projekten fachlich und inhaltlich zu glänzen. Die absolut regierende Bürgermeisterpartei wird Ihre Initiativen niederstimmen, entweder sang- und klanglos oder mit einem Wust von Scheinargumenten, oder aber die Mehrheit lehnt Ihre Anträge erst ab, kupfert sie dann ab und verkauft sie schließlich als eigene

„Die Wähler erwarten, dass Sie den Mächtigen auf die Finger klopfen. Einer aktiven Oppositionspolitik steht jetzt nichts im Wege.“



„Als Kontrollpartei nutzen wir die Möglichkeit, den Obmann des Prüfungsausschusses zu stellen, um etwaige Missstände aufzudecken.“

Idee. Erfahrene Oppositionspolitiker kennen das Spiel.

Was Ihnen aber bleibt, ist die Positionierung als Kontrollpartei. In dieser Rolle kann man sich nicht nur intime Kenntnisse erwerben, die einem beim nächsten Wahlkampf nützen werden, sondern auch großes Ansehen als politische Kraft, die gegen Machtmissbrauch, Freunderlwirtschaft und Verschwendung kämpft und Versäumnisse der Verwaltung aufzeigt.

Idealerweise können Sie den **Obmann des Prüfungsausschusses** stellen. Der Prüfungsausschuss hat Einblick in sämtliche finanzielle Angelegenheiten der Gemeinde: Von den Repräsentationsspesen des Bürgermeisters bis hin zur Vergabe öffentlicher Aufträge. Ein schlauer und aktiver Prüfungsobmann hat schon so manchen etablierten Bürgermeister das Fürchten gelehrt.

Ein untätiger und uninspirierter Prüfungsobmann hingegen, der



sich vielleicht noch vom Finanzdirektor oder Amtsleiter die Prüfungsthemen vorgeben lässt, hat nur eine Alibifunktion inne und hilft unabsichtlich mit, etwaige Missstände in der Gemeinde zuzudecken.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Obmann des Prüfungsausschusses (und auch jedes einzelne Mitglied) sich unbedingt das **fachliche Rüstzeug** zur Ausübung seines Amtes aneignen muss. Diesbezügliche Schulungen werden dringend empfohlen.

Die Positionierung als Kontrollpartei muss selbstverständ-

PRAXISTIPP



- ➔ Die beste Oppositionsarbeit im Gemeinderat bringt nichts, wenn die Öffentlichkeit davon nichts erfährt. Bei jeder Aktivität immer auch an die „Vermarktung“ in eigenen Zeitungen und/oder den sozialen Medien denken.
- ➔ Immer wieder versuchen, interessante Themen über die regionalen Medien zu spielen. Über die eigenen sowieso.

Tue Gutes
und
berichte
darüber!

lich auch in der **Öffentlichkeit** bekannt gemacht werden. Es sind regelmäßig Zeitungen der FPÖ herauszugeben, in denen über die Aktivitäten der freiheitlichen Gemeinderäte berichtet wird und etwaige Missstände oder Versäumnisse seitens der Bürgermeisterpartei oder der Gemeindeverwaltung angeprangert werden. Die FPÖ muss dabei stets als **Anwalt der Bürger**, als Vertreter des „kleinen Mannes“ auftreten. Auch die sozialen Medien sind für die Verbreitung dieser Informationen bestens geeignet.

Es gilt das Motto: „**Tue Gutes und berichte darüber!**“

„Die FPÖ muss als **Anwalt der Bürger**, als Vertreter des ‚kleinen Mannes‘ auftreten.“

In Zusammenhang mit der Veröffentlichung von Berichten des Prüfungsausschusses sei angemerkt, dass der **Prüfungsbericht** zuerst im Gemeinderat vorgetragen werden muss, bevor er in den Medien veröffentlicht werden darf.

In jenen Bundesländern, in denen keine Bürgermeisterdirektwahl besteht, sondern der Bürgermeister vom Gemeinderat gewählt wird, haben viele Bürgermeister





den Wunsch, **einstimmig** gewählt zu werden. Das ist für sein Image förderlich und demonstriert, dass er über alle Parteigrenzen hinweg respektiert und gewünscht wird. Gleichzeitig ist es ein Zeichen für Harmonie und Konsens in der Gemeindestube.

Als freiheitliche Kleinfraktion müssen Sie sich sehr gut überlegen, ob es für Sie nützlich ist,

„Sie sollen nicht dem politischen Gegner gefallen, sondern Ihren Wählern!“



einen gegnerischen Bürgermeister zu wählen. Für einen solchen Schritt sind schnell verschiedene Lesarten zur Hand und keine ist vorteilhaft. Werden die einen denken, die FPÖ habe sich mit denen da oben arrangiert, „weil ja eh alle gleich sind“, sieht es für die anderen wie ein Kniefall vor dem allmächtigen Bürgermeister und dem Regierungsblock aus. Im einen Fall zweifelt man an Ihrem Charakter, im anderen an Ihrer Courage. Wollen Sie das?

Und wofür auch? – Was könnten Ihnen der Bürgermeister oder die Bürgermeisterpartei für Ihre Zustimmung schon anbieten? Was nicht nur der Partei nützt, sondern auch der Gemeindedemokratie im Sinne der Überprüfung und des Ausgleichs („Checks and Balances“)? – Doch nur etwas, das Ihre Position stärkt, damit aber die Vormachtstellung des Bürgermeisters

schwächt. Welcher „Dorfkaiser“ würde das schon tun?

Besser ist es, eine kantige Oppositionspolitik zu fahren und bei der Bürgermeisterwahl gegen den Mehrheitskandidaten zu stimmen oder einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Sie dürfen nicht den Fehler machen, dem Mitbewerber gefallen zu wollen. Immer geht es darum, die **Erwartungen des eigenen Wählers** im Auge zu behalten. Allein ihm sind Sie verpflichtet. Und der wird keine große Freude haben, wenn er den Eindruck gewinnt, dass sich seine Partei dem politischen Gegner schon bei der erstbesten Gelegenheit an den Hals wirft. Hätte er den Bürgermeisterkandidaten der Konkurrenzpartei gewollt, so hätte er gleich diese gewählt. Und nicht die FPÖ.

Also: **Mut zur Opposition**, auch und gerade in kleinen Gemeinden!

„Freiheitliche Kandidaten betreiben eine aktive Oppositionspolitik. Sie sind starke Persönlichkeiten, die Mut aufweisen: zum Handeln, aber auch, etwas nicht zu machen.“

CHECKBOX

- ☒ Nicht aufgeben!
- ☒ Weiterhin im Gemeinderat das Wort ergreifen
- ☒ Aktive Oppositionspolitik betreiben
- ☒ Positionierung als Kontrollpartei
- ☒ Obmannschaft des Prüfungsausschusses anstreben
- ☒ Missstände und Versäumnisse der Gemeindeverwaltung aufzeigen
- ☒ Missstände und Versäumnisse der Bürgermeisterpartei aufzeigen
- ☒ Über Aktivitäten der eigenen Gemeinderäte berichten
- ☒ Mut zur Opposition!



„Auf fragwürdige politische Tauschgeschäfte sollte man sich besser nicht einlassen. Ein Vizebürgermeistersessel kann ein Schleudersitz sein.“

Szenario 2: Keine Fraktion mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat, FPÖ kleine Minderheitsfraktion ohne Sitz im Gemeindevorstand/Stadtsenat

Ein derartiges Szenario ist in manchen kleineren Gemeinden und auch etlichen Städten gegeben. Die politische Konstellation ist schon wesentlich spannender, da **keine Partei über die absolute Mehrheit** verfügt und im Idealfall

mehrere Koalitionsvarianten denkbar sind.

Die Freiheitlichen können auch als Kleinfraktion das „**Zünglein an der Waage**“ spielen und unter Umständen einen größeren Ein-

fluss auf das Gemeindegeschehen ausüben, als es die Mandatsstärke vermuten ließe.

In einem solchen Szenario ist es denkbar, dass eine der größeren Parteien der FPÖ eine Koalition oder zumindest ein **Arbeitsübereinkommen** anbietet, um eine „Regierungsmehrheit“ zu erreichen.

Doch Vorsicht ist geboten! Als deutlich schwächerer Juniorpartner im Gemeinderat ist die Gefahr groß, dass eine konstruktive Arbeit ausschließlich dem größeren Koalitionspartner zugute kommt.

CHECKBOX

- ☒ Eigene Rolle nicht unterschätzen
- ☒ Bei Angeboten Vorsicht walten lassen
- ☒ Arbeitsübereinkommen sorgfältig prüfen
- ☒ Angebotene Posten sorgfältig prüfen
- ☒ Außenwirkung abschätzen



Als Juniorpartner müssen Sie möglicherweise unpopuläre Entscheidungen mittragen, während ihre guten Ideen vom Seniorpartner entweder verraten oder verkauft werden. Verraten, wenn es

sich um Initiativen aus dem Bereich Ihrer Kernkompetenz handelt, denen er unter keinen Umständen zum Erfolg verhelfen will; verkauft, wenn er diese Projekte für sich vereinnahmt und Sie bei der Vermarktung zur Seite schiebt.



PRAXISTIPP

Solange man über keinen „vom Wähler verliehenen“ Sitz im Gemeindevorstand oder Stadtrat verfügt, sollte man sich eher nicht auf Koalitionen oder Arbeitsübereinkommen mit größeren Fraktionen einlassen. Das riecht immer nach Postenschacher. Besser auf die Rolle als Oppositions- und Kontrollpartei spezialisieren.

Für Sie ist beides ein schlechtes Geschäft. Im einen Fall laufen Sie Gefahr, politisch entmündigt zu werden, im anderen, dass man Sie nicht als Ideengeber würdigt, sondern sich Ihrer als „nützlichen Idioten“ bedient, der am Ende mit leeren Händen dasteht.

Damit nicht genug, werden Sie vom Wähler auch noch als Steigbügelhalter wahrgenommen.

Es kommt aber auch vor, dass die Bürgermeisterpartei der kleineren Fraktion einen Vizebürgermeisterposten anbietet, etwa um den Preis, sich bei gewissen

Abstimmungen wohlzuverhalten (Budget, Umwidmungen etc.).

Auch hier muss gewarnt werden: Nehmen Sie ein solches Angebot nicht ohne sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile an! Ein Risiko ist von vornherein klar: In der Öffentlichkeit wirkt eine derartige Personalie leicht so, als ob die kleinere Partei sich kaufen ließe, und es wird guter Argumente bedürfen, um diesen Verdacht zu zerstreuen. Der Wähler darf niemals und unter keinen Umständen den Eindruck bekommen, dass Sie sich mit Posten kaufen lassen.

Ein Mandatar einer kleineren Partei, der von fremden Gnaden auf einen Vizebürgermeistersessel gehievt wird, sitzt immer auf einem Schleudersitz, da er jederzeit wieder abgewählt werden kann. Wer garantiert denn, dass die Mehrheitspartei das Übereinkommen nicht bereits nach Erreichen eines bestimmten erwünschten Abstimmungsverhaltens wieder aufkündigt?

Auf solch fragwürdige politische Tauschgeschäfte sollte man sich daher besser nicht einlassen.



Szenario 3: Keine Fraktion mit absoluter Mehrheit im Gemeinderat, FPÖ Minderheitenfraktion, aber mit Sitz im Gemeindevorstand/Stadtsenat



Mit Sitz und Stimme im Stadtrat oder im Gemeindevorstand vertreten zu sein, versetzt die Freiheitliche Partei in die Lage, auf kommunaler Ebene mitzuregieren. Je nach Stärke kann sie auch **Ausschussvorsitzende** stellen. In Gemeinden ab einer bestimmten Grö-

ßenordnung besteht darüber hinaus die Möglichkeit, „**Ressorts**“ für die Stadtratsmitglieder zu beanspruchen, die der Bürgermeister aus seinem Zuständigkeitsbereich abgibt.

Häufig ist dann der zuständige Stadtrat der Vorsitzende des sachlich dazu passenden Ausschusses.

Die genauen Regelungen dafür können in jedem Bundesland anders sein, Details sind der jeweiligen **Gemeindeordnung** zu entnehmen. Eigene Regelungen gibt es auch für die **Statutarstädte**. Einen Sonderfall bildet außerdem die Stadt Wien, wo es auch „nicht-amtsführende Stadträte“ gibt. Diese Regelung haben die Wiener Sozialdemokraten bereits vor Jahren beschlossen, um ihre Macht auch bei Wahlverlusten nicht teilen zu müssen.

Bei der **Verteilung der Ressorts** ist darauf zu achten, dass die Freiheitliche Partei möglichst Themenbereiche besetzt, die eine gewisse **Öffentlichkeitswirkung** haben und positive **Gestaltungsmöglichkeiten** mit direkten **Bürgerkontakten** bieten.



So kann ein Stadtrat, der für **Familien, Schulen, Kindergärten, Sport** oder **Wohnungswesen** zuständig ist, seinen Fachbereich sicher politisch positiv nützen.

Da hat es ein **Stadtrat für Verkehr** schon wesentlich schwerer, da die Verkehrsmisere in den großen Städten auch mit größtem



„Bei der Ressortverteilung muss darauf geachtet werden, möglichst Themenbereiche zu besetzen, die eine positive Öffentlichkeitswirkung haben.“



Engagement und bestem Know-how kaum zu lösen ist. Auf den Verkehrsratrat schimpfen fast alle Bürger – er kann es kaum jemandem recht machen.

Gerne hängen die Mehrheitsparteien den Minderheitsparteien auch Bereiche wie **Wasser** oder **Kanal** um. Ein Ressort, das zwar ungemein wichtig ist, mit dem man aber kaum die Herzen der Bürger gewinnen kann.

Die Frage, ob sich die FPÖ auf eine **Koalition** einlassen soll,

gewinnt in diesem Szenario eine besondere Bedeutung. In den zuvor besprochenen Szenarien eins und zwei scheint die Sache ziemlich klar: Eine Kleinfraktion, die nicht in der Gemeinderatsregierung vertreten ist, kann als Juniorpartner in einer Koalition mehr verlieren als gewinnen, denn jeder derartigen Vereinbarung haftet der Ruf der Anbiederung an. Die Koalitionsfrage ist daher rasch beantwortet: im Zweifel nein!



Anders verhält es sich bei dem hier beschriebenen Szenario: Da fällt eine Entscheidung nicht so leicht.

Sicher ist es für freiheitliche Sachpolitiker verlockend – auf der Grundlage einer Koalitionsvereinbarung oder eines Arbeitsübereinkommens –, attraktive Ressorts auszuhandeln und der Kommunalpolitik die eigene politische Handschrift zu verleihen.

Aber aufgepasst! Lässt eine solche Übereinkunft das überhaupt noch zu – eine eigene Handschrift? Oder ist gerade das der Preis: auf sie zu verzichten? Verlangt ein potentieller Koalitionspartner am Ende gar, dass Sie von substanziellen Positionen der FPÖ abrücken? Von Themen, die der Grund dafür sind, dass sich ein Großteil Ihrer Wähler für Sie entschieden hat? Dann kommt so eine Übereinkunft für Sie auf keinen Fall in Frage!

Es gilt auch zu bedenken, dass der Juniorpartner in einer Koalition, gleich auf welcher politischen Ebene, meist nur verlieren kann. Unpopuläre Maßnahmen muss er mittragen, die Erfolge hingegen heftet sich in der Regel der große Koalitionspartner auf seine Fahnen.

„Es gilt zu bedenken, dass der Juniorpartner in einer Koalition meist nur verlieren kann.“

Freilich gibt es Ausnahmen, und sicher hat die FPÖ im Laufe Ihrer Geschichte bewiesen, dass man sich als Juniorpartner in einer Koalition nicht nur profilieren kann, sondern es auch vermag, seine Identität zu bewahren, ja sogar, die Regierung streckenweise zu dominieren.

„Der Idealzustand wäre ein freies Spiel der Kräfte und ein Dialog auf Augenhöhe, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: das Wohl der Bürger.“

Aber solange man nicht die stärkste Kraft ist oder fast annähernd so stark wie ein möglicher Partner, empfiehlt es sich, nicht auf der Koalitionsbank Platz zu nehmen, sondern Oppositionspolitik zu machen: klar, kantig, konsequent. Ohne Konzessionen an den politischen Gegner, die auf Kosten des eigenen Profils gehen, und ohne faule Kompromisse.



Nie darf man den Wähler unterschätzen. Er ist leicht zu enttäuschen. Politik ist eben nicht nur ein rationales Tauschgeschäft, in dem Stimmen für Nutzenversprechen gegeben werden. Der Glaube an dieses Versprechen macht sie auch zu einer Vertrauenssache. Natürlich ist der Wähler zu Zugeständnissen bereit, aber der Kredit ist beschränkt. Und in einer Koalition, in der man die eigenen Positionen nicht durchsetzen kann, ist er schnell verbraucht.

Für die Freiheitlichen gibt es aber noch eine weitere Option zwischen Opposition und Koalition: das freie Spiel der Kräfte – das sachbezogene Miteinander in wechselnden Themenpartnerschaften. In so einem Modell müsste sich der Bürgermeister zu jedem Thema Mehrheiten suchen. Oder eben geschehen lassen, was wechselnde Mehrheiten von Fall zu Fall



wollen. (Die Realität lässt dies allerdings nur selten zu, was sachpolitisch oft unzweckmäßig und demokratiepolitisch bedauerlich ist, aber viele politische Akteure bevorzugen den in Hinterzimmern beschlossenen koalitionären Kuhhandel.)

Dann sind alle politischen Akteure gefragt, miteinander den Dialog zu suchen, mit Argumenten und Ideen zu punkten, sich gemeinsam für das Wohl der Gemeindebürger einzusetzen und auf einen guten Ton im Umgang mit den Mitbewerbern zu achten, damit die Gesprächsbasis gewahrt bleibt.

CHECKBOX

- ☒ Ausschussvorsitze anstreben
- ☒ Themen mit Öffentlichkeitswirkung besetzen (Gestaltungsmöglichkeit, direkter Bürgerkontakt...)
- ☒ Koalitionsangebote sorgfältig prüfen
- ☒ Kein Abweichen von grundsätzlichen Positionen

Szenario 4: Die Freiheitliche Partei befindet sich in der Mehrheitssituation und stellt im Idealfall auch den Bürgermeister

Es mag
schwer sein,
aber schwer
bedeutet nicht
unmöglich!



Als Bürgermeisterpartei mit einer relativen Mehrheit ausgestattet, ist es aus FPÖ-Sicht jetzt plausibel, einen **Koalitionspartner** zu suchen. Das Regieren mit einem fixen Juniorpartner ist sicherlich einfacher, als sich im Rahmen wechselnder Mehrheiten eine solche von Fall zu Fall zu suchen. Wie schon besprochen, ist eine fixe Koalitionsvereinbarung aber auch kein Muss. Wenn sich kein adäquater Partner anbietet oder ein Abrücken von freiheitlichen Grundsätzen erforderlich wäre (was es um jeden Preis zu vermeiden gilt), kann auch gut mit **wechselnden Mehrheiten** regiert werden. Die Politik wird dadurch facettenreicher und spannender.

„Jeder dachte, dass es unmöglich war – bis einer kam und es einfach machte.“





„Eine Koalition nützt in der Regel der stärkeren Partei, der Juniorpartner dagegen läuft Gefahr, an Konturen, Ansehen und letztlich an Zustimmung zu verlieren.“



Einen Sonderfall stellt eine Konstellation dar, in der die FPÖ zwar über die relative Mehrheit im Gemeinderat verfügt, bei der Bürgermeisterdirektwahl hingegen ein Kandidat einer anderen Partei gewählt wurde.

Ein Bürgermeister ohne Mehrheit ist natürlich in einer delikaten, wenn nicht manchmal sogar in einer verzweiferten Situation, können ihn doch die anderen Parteien bei jedem Thema auflaufen lassen.

So kann die Mehrheitsfraktion die Gemeindepolitik maßgeblich mitgestalten und den Bürgermeister der anderen Couleur alt aussehen lassen.

Ziel in dieser Lage muss es sein, den eigenen Spitzenkandidaten so zu positionieren, dass er bei der nächsten Wahl als Bürgermeister aus der Wahl hervorgeht.



3. SCHULUNGEN

Jedem neu gewählten Mandatar wird dringend empfohlen, sich das Wissen und die Fertigkeiten anzueignen, derer es bedarf, um die neue Funktion möglichst wirksam im Interesse von Bürgern, Wählern und Partei auszuüben, ganz gleich, ob diese Aneignung nun im Selbststudium erfolgt oder, vielleicht noch besser, als Kunde der Bildungsangebote, die die FPÖ auf Landes- oder Bundesebene zur Verfügung stellt.

Nur wenn Sie über das nötige fachliche Rüstzeug verfügen, können Sie die Aufgaben, die einen

Mandatar erwarten, professionell erfüllen.

Folgende Themen sind für Gemeinderäte von größter Bedeutung:

- Gemeindeordnung
- Prüfungsausschuss
- Raumordnung
- Bauordnung
- Voranschlagserstellung, Rechnungsabschluss
- Rhetorik & Kommunikation
- Pressearbeit
- Herausgabe eigener Zeitungen

4. GRUNDSÄTZE FÜR FREIHEITLICHE ORTSGRUPPEN- UND FRAKTIONSARBEIT

Geschlossenheit

Nichts schadet einer Partei mehr als internes Gezänke und Streitigkeiten in den eigenen Reihen. Konflikte und Meinungsverschiedenheiten gehören intern ausdiskutiert, in der Außenwirkung muss Einigkeit gezeigt werden.

Die Geschichte zeigt, dass jede öffentlich ausgetragene Streitigkeit noch jeder Partei geschadet hat – vor allem, wenn ein inhaltlicher oder persönlicher Zwist in eine organisatorische Entzweiung gemündet ist.

„Demokratie ist Macht auf Zeit und jede Funktion hat ein Ablaufdatum.“

Deshalb hat der Ausspruch, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen, hier volle Gültigkeit (auch wenn er sonst mit Vorsicht zu genießen ist). Letztendlich muss es Ihnen immer um Ihre Werte, Ihre Gesinnung und vor allem um Ihre Gemeinde gehen – und nicht um persönliche Befindlichkeiten, Eitelkeiten oder Einkommensmöglichkeiten einzelner Politiker.

Gerade nach einer verlorenen Wahl ist die Gefahr groß, dass um Posten und Mandate gestritten wird. Das wirkt jämmerlich und unprofessionell.

Es muss in so einem Fall innerparteiliches Demokratieverständnis gezeigt werden: Die Fraktion entscheidet über die Besetzung von Stadtrats- oder Gemeindevor-



„Konflikte und Meinungsverschiedenheiten gehören intern ausdiskutiert. Nach außen muss Einigkeit gezeigt werden.“

standsposten, genauso wie über Ausschussvorsitzende oder über den Fraktionsobmann.

Ein fraktionsinterner Mehrheitsbeschluss ist zu akzeptieren, auch wenn es persönlich manchmal wehtut, nicht zum Zug zu kommen.

Jeder Mandatsträger oder Funktionsträger muss sich darüber klar sein, dass es **keine Erbpacht** auf gewisse Positionen geben kann. Demokratie ist Macht auf

Zeit und jede Funktion hat auch ein Ablaufdatum.

Dies gilt auch für das **Abstimmungsverhalten** einer Fraktion im Gemeinderat. Gerade in der Minderheitssituation muss ein einheitliches Abstimmungsverhalten das Ziel sein. In der **Fraktionssitzung** wird das Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten diskutiert und festgelegt, in der **Gemeinderatsitzung** zählt Geschlossenheit.



Uneinheitliches Abstimmungsverhalten innerhalb einer Fraktion wird in der Öffentlichkeit weniger als „offen“ oder „tolerant“ wahrgenommen oder mit „die haben halt keinen Klubzwang“ bewertet, sondern meist mit „die sind schon wieder zerstritten und haben keine einheitliche Linie“ kommentiert.

Ein Klub- oder **Fraktionsobmann** hat deshalb die schwierige Aufgabe, für Einigkeit innerhalb der Fraktion zu sorgen. Das ist

umso schwieriger, je mehr Freigeister und Individualisten sich in einer Fraktion versammeln – oder gar Missionsbeseelte und andere Bewusstseinsprivilegierte, die überzeugt davon sind, die „einzige Wahrheit“ gepachtet zu haben oder die „reine Lehre“ vertreten zu müssen. (Auf die Bedeutung des Teambuildings, bei dem es darauf ankommt, die richtige Mischung unterschiedlicher Charaktere zu finden, wird einmal mehr verwiesen.)

„An einem Strang zu ziehen, bedeutet zuweilen, über den eigenen Schatten zu springen und die eigene Meinung zugunsten des gemeinsamen Ganzen hintanzustellen. In einer echten Gesinnungsgemeinschaft sollte das freilich nicht allzu schwer sein.“

Differenzierung vom politischen Mitbewerber

Das Geheimnis
des Erfolgs?
Anders zu
sein!

Eine der größten Herausforderungen im politischen Alltag auf Gemeindeebene ist das Ziel, sich von den anderen Parteien und Politikern zu **unterscheiden**.

In den meisten Gemeindestuben in Österreich werden weit über 95 % der Tagesordnungspunkte **einstimmig** beschlossen. Da hat es eine Oppositionspartei nicht immer leicht, unter den anderen hervorstechen.

Umso wichtiger ist es, wenigstens in den Fällen, in denen es um Grundsatzfragen geht, eine eindeutige Haltung an den Tag zu legen. Auch dann, wenn einem Hohn und Verachtung, ja manchmal sogar unverhohlener Hass aus den Reihen des Gegners entgegenschlagen. Hier darf man sich weder vom Kurs abbringen noch von negativen Gefühlen anstecken lassen.

Gerade bei solchen Konfliktthemen haben Sie die Möglichkeit, sich in Inhalt und Stil vom Mitbewerber abzuheben, Ihr Profil zu schärfen und mit klaren, aber sachlich vorgebrachten Aussagen beim Wähler zu punkten. Und allein der ist es, dem Sie im Wort stehen!

„Es ist wichtig, eine klare Haltung zu zeigen und sich von den anderen Parteien zu unterscheiden.“

Gute Differenzierungsmöglichkeiten bieten sich immer dann, wenn es darum geht, Gebühren und Gemeindeabgaben zu erhöhen oder die Bezüge der Politiker. Bei diesen Themen hat die FPÖ stets als Anwalt der Bürger zu fungieren und nicht als Vertreter des Gemeindeamtes oder gar der „Politikerkaste“.

Korrekte Distanz zu den anderen Parteien

Viele „schlaue“ Bürgermeister versuchen nicht, die Freiheitliche Partei auf Gemeindeebene auszugrenzen, sondern vielmehr, diese „zu Tode zu umarmen“.

Hat die Peitsche nicht gewirkt, kommt es vor, dass der Gegner die Strategie wechselt und es nun mit Zuckerbrot versucht. Dann heißt es plötzlich aus den Mehrheitspartei-



en: „Ihr seid ja gar nicht so wie eure Parteifreunde in Bund und Land! Ihr macht ja keine fundamentale, sondern eine konstruktive Opposition. Mit euch kann man reden!“ Aber Vorsicht, ein solches Lob ist nicht nur falsch, sondern auch giftig. Es macht sich das Bedürfnis des Menschen nach Anerkennung zu eigen. Wenn es wirkt, ersticken bald die eigene Gefallsucht und vorausseilender Gehorsam gegenüber der Mehrheitspartei nach und nach den Oppositionsgeist.

Gerade freiheitliche Vizebürgermeister, Stadträte oder Gemeindevorstände sehen sich immer wieder

„Kantige Oppositionspolitik bedeutet nicht immer Kampfrhetorik. Und seriöse Sachpolitik nicht immer, auf Eigenlob zu verzichten.“



verschiedenen Drohszenarien oder auch Charmeattacken ausgesetzt, die alle dasselbe Ziel verfolgen: sie dazu zu bewegen, der Oppositionspolitik abzuschwören und sich ganz und gar der Sachpolitik zu verschreiben, einer „Sachpolitik“, die allerdings der politische Gegner vorgibt: „objektiv, sachkundig und zum allgemeinen Besten.“ Glauben Sie das wirklich?

„Wahlen gewinnt man nicht nur auf sachlicher Ebene, sondern indem man die Herzen der Menschen gewinnt.“

Es ist schon so, dass die meisten Bürger auf Gemeindeebene einen sachlicheren Ton zwischen den Politikern schätzen, Fundamentalopposition in der Gemeindestube



ablehnen und eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien bevorzugen. Ist man einerseits Mitglied im Gemeindevorstand, andererseits Teil der koalitionsfreien Minderheit im Gemeinderat, so gilt es, auf beiden Klaviaturen zu spielen: auf der der Opposition wie auf der der Regierung. Hier gibt es kein entweder - oder, schon gar kein weder - noch, sondern nur ein sowohl - als auch.

So hat Opposition keine Existenzberechtigung, wenn man alles macht, was der Bürgermeister und die Mehrheitspartei wollen. Und

das Regieren hat keine Zukunft, wenn man nicht alles in seiner Macht Stehende tut, um mit seinen Initiativen das Beste für die Gemeinde zu wollen - und damit in die Zeitung zu kommen. Denn selbst, wenn man die konstruktivsten Sachpolitiker in seinen Reihen hat, die kompetentesten Stadträte, die mit ihrer Expertise regelmäßig die Fachbeamten beeindrucken – so ist das alles doch keine hinreichende Bedingung für politischen Erfolg. Wenn der Wähler keine Kenntnis von den Leistungen der FPÖ bekommt – sei es, dass

er nicht entsprechend über die gute Arbeit ihrer Mandatare informiert wird, sei es, dass er sich kein Bild von den Widerständen machen kann, auf die sie treffen – wird ihr Engagement sang- und klanglos verpuffen. Wahlen gewinnt man eben nicht durch Leistung allein, sondern auch durch deren Bewerbung. Klingeln gehört zum Handwerk und Selbstvermarktung zur Politik. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Sie in den eigenen Ressorts die Hausaufgaben machen. Gelingt es Ihnen auch noch, ein Leuchtturmprojekt umzusetzen – umso besser!

Eine weitere Taktik gewiefter Bürgermeister besteht darin, ihre Konkurrenten in der Gemeinderegierung mit Sachaufgaben einzudecken. Dahinter steckt das Kalkül, deren Fokus so sehr auf die Sachpolitik zu lenken, dass sie darüber die Parteipolitik und deren

Vermarktung mehr und mehr aus den Augen verlieren.

In so einem Fall kann es ratsam sein, die Oppositionsarbeit in die Hände des zweiten Manns zu legen und sich wenigstens die Zeit dafür zu nehmen, Regierungs- und Oppositionsarbeit aufeinander abzustimmen.

„Freundlich im Ton,
aber hart in der Sache!“

Andererseits erliegen manche Oppositionspolitiker der Versuchung, sich als Teil des politischen Establishments zu sehen. Dann legen sie größten Wert darauf, ihre Amtsgeschäfte im besten Einvernehmen mit der Mehrheitspartei zu führen. Da kann es passieren, dass sie häufiger mit dem Bürgermeister einer anderen Partei konferieren als mit den eigenen Leuten –

und sich dann wundern, dass die eigene Parteibasis und die Wähler das nicht honorieren.

Wahlen gewinnt man nicht nur auf sachlicher Ebene, sondern in-



„Es gilt, einen schwierigen Spagat zu schaffen – den Spagat zwischen Kooperation und Sachpolitik in der Regierung auf der einen Seite, die das Verbindende in den Vordergrund stellt, sowie Wettbewerb und effektiver Oppositionspolitik auf der anderen, die das Trennende betont.“

dem man die Herzen der Menschen für sich einnimmt.

Hier gilt es, den Spagat zu schaffen, einerseits konstruktive Sachpolitik zum Wohle der Gemeindebürger zu betreiben und in Sachfragen auch positiv mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten, andererseits die Grundsätze der FPÖ im Auge zu behalten und eine größtmögliche inhaltliche und korrekte persönliche Distanz zu den Mitbewerbern zu wahren. Kumpanei und Freunderlwirtschaft mit dem Bürgermeister sind tunlichst zu vermeiden.

Diesbezüglich empfiehlt sich das Motto: „Freundlich im Ton, aber hart in der Sache!“

Integer und unangreifbar bleiben

Je stärker ein Herausforderer wird, desto mehr fürchten die angestammten Platzhirsche um ihre Futtertröge, und wenn Schaltstellen der Macht betroffen sind, kann es vorkommen, dass die Fairnessbekenntnisse der Konkurrenz schnell in Schall und Rauch aufgehen.

Kandidaten und Funktionäre der FPÖ müssen dessen stets gewahr sein – und sich zwei Fragen stellen:

1) Biete ich Angriffspunkte, die sich mit etwas heißer Luft zu Skandalen aufblasen lassen (von echten „Leichen im Keller“ ganz abgesehen)?

2) Bin ich resilient genug, um selbst persönlichen Angriffen zu widerstehen?

Denn eines ist sicher: Man muss als freiheitlicher Politiker sowohl im Beruf als auch im Privatleben unangreifbar sein – und das ist man nur, wenn man eine weiße Weste hat.



Die Forderung, integer zu sein, gilt aber nicht nur für die private und berufliche Lebensführung, sie gilt auch für die Ausübung des politischen Amtes, und das nicht nur, weil man hier im Licht der Öffentlichkeit steht, sondern vor allem: auch in ihrem Dienst. Wer die Politik als Geschäft betrachtet, mit anderen Parteien zum eigenen Wohl packelt, gerne gutbezahlte Aufsichtsratssitze annimmt und sich als Teil des politischen Establishments wohl fühlt, hat in der Politik nichts verloren. Zumindest nicht bei der Freiheitlichen Partei. Denn nur dann, wenn man selbst sauber bleibt, kann man den anderen gefahrlos auf die Finger klopfen.

AUSBLICK AUF DEN NÄCHSTEN BAND: DIE ORTSGRUPPENZEITUNG

Zählt sich die Herausgabe einer Papierzeitung in der Welt der digitalen Kommunikation überhaupt noch aus?

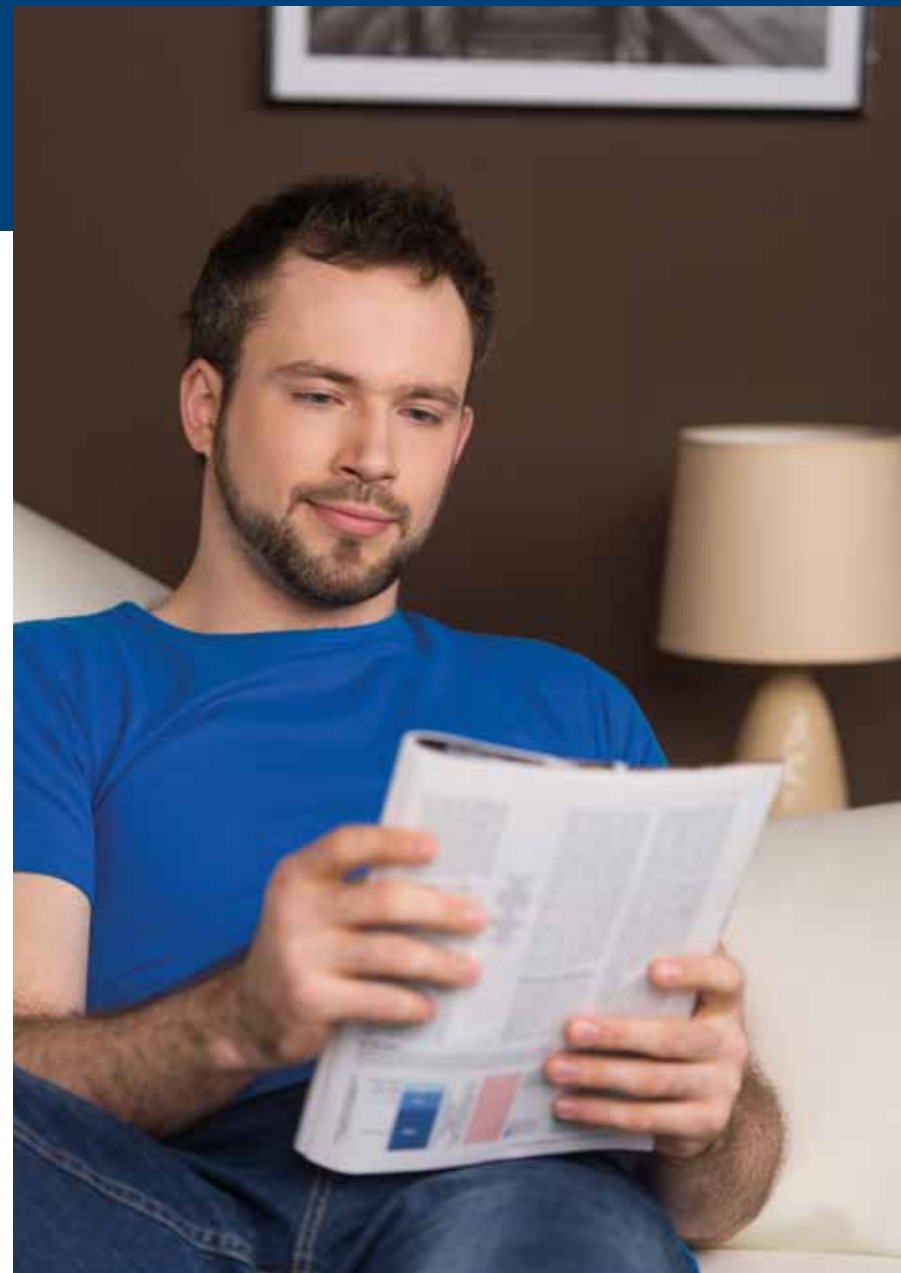
Die Antwort wird so manchen überraschen: Ja! Denn selbst in digitalen Zeiten darf die gute alte, gedruckte Zeitung in einem kommunalpolitischen Kommunikationsmix nicht fehlen. Vorausgesetzt, sie ist gut gemacht!

Zweifellos gibt es vor allem bei den Jungen einen steigenden Anteil von Mediennutzern, die keine klassischen Zeitungen lesen, aber wir wollen ja auch andere Altersgruppen ansprechen, und es ist bereits eine Tendenz zu be-

obachten, dass von „Bildschirmarbeitern“ gerne zur Entspannung zur Papierzeitung gegriffen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Parteizeitung in der Gemeinde gelesen wird, wo fast noch „jeder jeden kennt“ oder zumindest die Kommunalpolitiker über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen, ist relativ groß. Die Leute sind neugierig, was ihnen bekannte Politiker und die Parteien so schreiben, schauen Fotos an und freuen sich, bekannte Gesichter zu sehen. Es kommt auch regelmäßig vor, dass gut gestaltete und pointiert geschriebene Zeitungen von den Leuten aufgehoben und am Stammtisch diskutiert werden.



Band 9 dieser Schriftenreihe enthält zahlreiche Tipps und Hinweise zur Erstellung einer gern gelesenen Ortsgruppenzeitung.



HANDBUCH DER KOMMUNAL- POLITIK: DIE ÜBERSICHT



Band 1



Band 2



Band 3



Band 7



Band 8



Band 9



Band 4



Band 5



Band 6



Band 10



Zusatzband 1

Das Freiheitliche Bildungsinstitut Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit

Das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI) ist einer freiheitlich aufgeklärten Weltanschauung verpflichtet, Ansatzpunkt und die Grundlage der Bildungsarbeit ist das Bild des mündigen Bürgers.

In Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Experten vermitteln wir Wissen und Einsichten in politische, kulturelle, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Themen auf nationaler und internationaler Ebene.

Das breite Angebot umfasst Schulungsprogramme und berufs begleitende Akademien, Publikationen, Podcasts und Dokumentarfilme, eine Präsenzbibliothek und ein Archiv sowie ein zweisprachiges Weblexikon über die Geschichte des nationalliberalen Lagers und der FPÖ.

Das FBI richtet sich an alle österreichischen Staatsbürger mit dem Ziel, die Mitbestimmung und Mitwirkung an demokratischen Prozessen in Österreich zu fördern, das Niveau politischer Diskurse und Entscheidungsgrundlagen zu heben und einen politischen Stil, der Pluralität, Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit zulässt, zu fördern und zu etablieren.

Informieren Sie sich über unser Angebot und unsere Aktivitäten:

 www.fbi-politikschule.at

 www.youtube.com/freiheitlichesbildungsinstitut

  [/FreiheitlichesBildungsinstitut](https://www.instagram.com/FreiheitlichesBildungsinstitut)

FBI: Im Auftrag der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit.





Gesellschaft für Politik, Kultur & Meinungsfreiheit